



Fast 700 Migranten

hat die spanische Küstenwache am Wochenende aus dem Mittelmeer gerettet. Die Menschen hätten versucht, von der marokkanischen Küste aus die spanische Küste zu erreichen. Sie stammten zumeist aus den Staaten des Maghreb und aus Ländern südlich der Sahara.

2 Millionen Einwohner

hat der Osten Deutschlands seit der Wiedervereinigung verloren. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern zum bevorstehenden Tag der Deutschen Einheit mitteilte, sank die Einwohnerzahl in den ostdeutschen Ländern und Berlin von 1990 bis 2017 um etwa ein Zehntel (11 Prozent) auf etwa 16,2 Millionen. Im Westen nahm sie im selben Zeitraum um 8,2 Prozent oder 5 Millionen auf 66,6 Millionen zu.

BLICK NACH BERLIN

Wer sich's gefallen lässt

DEUTSCHLAND/TÜRKEI: Staatsbesuch missglückt



von Florian Stumfall



Recep Tayyip Erdogan (64).

Jedes Mal, wenn man in Berlin dahinterkommt, dass es Länder gibt, die nach anderen als den in Europa geforderten Regeln regiert werden, entsteht große Aufregung. Denn man misst die Welt mit einer moralischen Überheblichkeit, die verlangt, dass sich der ganze Globus nach dem zu richten habe, was man selbst für richtig und geboten hält.

Recep Tayyip Erdogan, Präsident der Türkei, tut das nicht. Er ist Asiat und agiert sein asiatisches Land nach asiatischer Manier. In Berlin herrscht darüber Empörung – ganz im Gegensatz übrigens zu beispielsweise den Franzosen oder Engländern, die so etwas pragmatisch betrachten, nicht aus der Warte eines moralischen Hochmuts, der anderen ihre Sitten vorschreiben will. Eine derartige Einstellung führt zu nichts Gutem, wenn man dann, wie jetzt geschehen, diesen Präsidenten Erdogan zu sich nach Berlin einlädt, um bedeutende Gespräche zu führen. Doch – was heißt da einladen?

Der Gast aus der Türkei wurde mit dem höchsten Protokoll geehrt, das die diesbezüglich etwas dürre und geschichtslose Berliner Republik zu bieten hat. Empfang beim Bundespräsidenten, Galadiner – allerdings im Straßenanzug, was gar nicht dazu passt, militärischer Salut und Tschingderassabumm. Und dann, wie es der moralische Hochmut vorschreibt, hält der Bundespräsident dem Gast beim Diner vor, was er alles falsch macht, und dieser keilt zurück. Der Affront ist da, fast ein Skandal und gar der Abbruch des Besuchs? Nein, man fasst sich wieder und macht weiter. Spätestens hier sollten

sich die Herrschaften im Protokoll überlegen, was sie alles falsch gemacht haben.

Eigentlich ist es ganz einfach: Wenn man jemanden einlädt, um ihn zu beschimpfen, dann sollte man einen Arbeitsbesuch veranstalten, und die Streitpunkte hinter verschlossenen Türen zur Sprache bringen. Erdogan wäre trotzdem gekommen, denn er will etwas von Deutschland, nicht umgekehrt. Auch der viel beschworene Flüchtlingspakt, bei dem die Türkei für jeden Migranten, den sie zurücknimmt, einen anderen nach Europa schickt und dafür Milliarden kassiert, ist gelinde gesagt verzichtbar und keine Handhabe für Erpressungen. Und dann noch die Einweihung der bislang größten Moschee in Deutschland!

Deutsche Vertreter waren nicht dabei, sie sind vom Träger der Moschee, dem Verein DitiB, nicht so gern gesehen. Dafür möchte der Verfassungsschutz DitiB gerne wieder beobachten, doch die Politik zögert. Dabei ist DitiB ein wichtiges Instrument für Erdogan, um in Deutschland hineinzueregieren. So sieht ein Staatsbesuch aus, der besser unterblieben wäre. Doch schuld ist wer sich's gefallen lässt, nicht der Gewinner. © Alle Rechte vorbehalten

Populismus wird allmählich zum Massenphänomen

DEUTSCHLAND: Laut Studie der Bertelsmann-Stiftung jeder dritte Wahlberechtigte entsprechend zu verorten

GÜTERSLOH (APA/AFP). Die deutschen Wähler sind einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge zunehmend populistisch eingestellt.

Mit 30,4 Prozent sei knapp jeder dritte Wahlberechtigte entsprechend zu verorten, wie die Stiftung gestern unter Berufung auf 2 von Infratest dimap erstellte Umfragen für ihr „Populismusbarometer 2018“ erklärte. Gegenüber 2017 sei das ein Plus von 1,2 Prozentpunkten.

Der Anteil der eindeutig unpopulistischen Wähler habe sich im Vergleich zu 2017 um 4,1 Prozentpunkte auf 32,8 Prozent reduziert, die Gruppe der nicht dem einen oder anderen Lager zuzuordnenden Bürger um drei Prozentpunkte auf 36,8 Prozent vergrößert. „Im Gesamtbild zeigt sich damit eine zunehmend populistisch eingestellte Wählerschaft in Deutschland“, erklärte die Stiftung. Das gelte vor allem für die „politische Mitte“.

Das „Populismusbarometer“ der Stiftung definiert Populismus als eine Idee von Demokratie, die von der Existenz eines objektiv bestimmbar einheitlichen „Volkswillens“ ausgeht, Politiker für eine am eigenen Vorteil inter-



Demonstranten bei einer Kundgebung in Chemnitz Anfang September, organisiert von der AfD, Pegida und der rechtspopulistischen Bewegung „Pro Chemnitz“

essierte „korrupte Elite“ hält, die Ausübung direkter Volkssouveränität etwa in Volksentscheiden befürwortet und politische Kompromisse ablehnt.

Ob und inwieweit solche Einstellungen vorliegen, wird per Fragenkatalog ermittelt. „Umfang und Intensität populistischer Ein-

stellungen haben sich vor allem in der politischen Mitte signifikant verschärft. Parteipolitisch profitieren davon die politischen Ränder“, erklärte der Robert Vehrkamp, Demokratieexperte der Bertelsmann-Stiftung und Mitautor der Studie. Das zeige vor allem die AfD.

Auch für diese Partei gebe es allerdings Grenzen, betonten die Forscher. Weiterhin gelte, dass gut zwei Drittel (69,6 Prozent) der Deutschen nicht oder nicht explizit populistisch eingestellt seien. Laut Umfrage würden außerdem mehr als 7 von 10 Wahlberechtigten (71 Prozent) „auf keinen Fall“ die AfD wählen.

„Trotz steigender Umfragewerte wird keine andere Partei von den Wählern so massiv abgelehnt wie die AfD. Sie liegt mit dieser Wählerablehnung in etwa auf dem Niveau der rechtsextremen NPD“, erläuterte Vehrkamp. Sie stoße bei der Wählermobilisierung an eine „gläserne Decke“, die niedriger sei als bei anderen Parteien. Populistisch eingestellte Wähler seien für etablierte Parteien vor allem mit sozialpolitischen Themen auch weiterhin erreichbar, ergänzten die Verfasser mit Verweis auf ihre Analyse.

Die Einschätzungen des Populismusbarometers basieren auf 2 Umfragen von Infratest dimap von Mai und August, an denen jeweils rund 3400 Wahlberechtigte teilnahmen. Die Ergebnisse der beiden Online-Umfragen sind repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2017. © Alle Rechte vorbehalten

Mord an Journalisten war Auftragsmord

SLOWAKEI: 70.000 Euro für Ermordung von Jan Kuciak bezahlt – Suche nach Hintermännern wird fortgesetzt

PRESSBURG/ BRATISLAVA (APA). Im Fall des ermordeten Journalisten Jan Kuciak und seiner Verlobten hat die slowakische Polizei weitere Ermittlungsergebnisse bekanntgegeben. Auftraggeberin des Mordes ist laut bisherigen Ermittlungen eine Dolmet-

scherin (44), durchgeführt wurde der Mord von einem Expolizisten, so die Staatsanwaltschaft gestern. Für die Ermordung des Aufdeckreporters wurden mindestens 70.000 Euro bezahlt, hieß es weiter. Ein Teil der „Bezahlung“ sei in Form eines Schulden-

erlasses erfolgt, 50.000 Euro erfolgten in bar. Ziel des Auftragsmordes war eindeutig der Journalist, seine Verlobte war nur ein Zufallsopfer, so die Staatsanwaltschaft. Bei den restlichen 2 bisher Beschuldigten im Mordfall soll es sich um einen Helfer bzw. Fahrer

sowie einen Vermittler gehandelt haben. Die Dolmetscherin hatte demnach für den Auftragsmord zwar bezahlt, woher die Gelder stammten, sei derzeit aber noch fraglich. Die Suche nach eventuellen weiteren Hintermännern werde daher fortgesetzt. ©

EUROPA-SPLITTER

Wien – Davos der Menschenrechte?

GRUNDRECHTEFORUM: 600 Menschenrechtsexperten suchen nach Lösungen

Diese Woche fand zum zweiten Mal das Grundrechtforum in Wien statt. Es ging darum, den Menschenrechtsgedanken in Zeiten des Populismus, der Abschottung und der zunehmenden Schwächung internationaler Zusammenarbeit neu zu beleben. 2018 ist das Jahr, an dem sich die Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zum siebzigsten Mal jährt. Die Erklärung wurde am 10. Dezember 1948 von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedet. Der erste Satz in dieser Erklärung besagt, dass die „Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet“.

70 Jahre danach ist nur allzu deutlich, dass an der Umsetzung dieses Anspruchs noch viel zu arbeiten ist. UN-Generalsekretär Antonio Guterres stellte diese Woche fest, dass das internatio-

nale System an einem zunehmenden Vertrauensverlust leide. Zwar würde die Welt immer kleiner, doch die nationalen Gesellschaften seien ungleich stärker fragmentiert. Er rief hier auch die nationalen Politiker in Verantwortung, Politische Entscheidungen sollen sich an Fakten messen und nicht von Ängsten getrieben werden.

Das Vertrauen in öffentliche Institutionen ist auch im europäischen Kontext ein Thema wie die österreichische EU-Präsidenschaft in Wien betonte. In eine ähnliche Kerbe schlug auch der österreichische Bundespräsident: In Zeiten des Populismus nehme die Polarisierung zu. Es müsse aber in unser aller Interesse sein, Gesellschaften zu bilden, an denen alle gerne und gut teilhaben können.

Auch die für Grundrechte zuständige EU-Kommissarin Vera Jourová betonte in ihrer Wiener Rede, dass die „schlechte Version des Nationalismus“ Exklusion und Hass fördere und dass diese Phänomene zunehmend



UN-Generalsekretär Antonio Guterres ruft die Politiker zu verantwortungsvollem Handeln auf. APA/Getty/SPENCER PLATT

auch in der Mitte unserer Gesellschaften einen Platz finden. Die Politik müsse den Menschen ei-

ne Alternative bieten. Etwa einen gesunden Patriotismus, der nicht ausschließt, sondern eine inklusive Gemeinschaft ermöglichte.

Das Forum bestand aus Plenarveranstaltungen, über 70 Arbeitsgruppen, Kulturveranstaltungen und Treffen von Regierungsvertretern wie etwa ein informelles Arbeitstreffen der für Grundrechte zuständige Ratsarbeitsgruppe „FREMP“.

Unter den rund 600 Teilnehmern waren auch Europaabgeordnete, unzählige Vertreter der Zivilgesellschaft, Vertreter der Wirtschaft, Religionsgemeinschaften, Kulturschaffende und andere Gruppen, die nicht zu dem üblichen Publikum menschenrechtlicher Fachtagung zählen.

Das Grundrechtforum wurde von der EU-Grundrechteagentur veranstaltet. In Partnerschaft unter anderem mit der Stadt Wien, der EU-Präsidenschaft Österreichs, der Europäischen Kommission und dem Europarat. © Alle Rechte vorbehalten

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Wozu denn ein EU-Grundrechtforum?

Gabriel N. Toggenburg: Das Forum fand 2016 das erste Mal statt. Man dachte damals, eine Sicherheitskonferenz in München und ein Wirtschaftsforum in Davos reichten nicht – steht doch bei beiden Großveranstaltungen nicht der Mensch im Mittelpunkt.

„D“: Kann bei solch einer Riesenveranstaltung etwas Konkretes herauskommen?

Toggenburg: Michael O’Flaherty, der Direktor der EU-Grundrechteagentur hat am Ende des Forums die Agentur schriftlich zu Folgemaßnahmen verpflichtet. Die Agentur sieht das Forum nicht als Ein-tagstreffen, sondern als Prozess, der nun weiterzuerfolgen ist.

„D“: Gab es ein beherrschendes Thema?

Toggenburg: Hm. Es war sehr breit gestreut. Eine Art roten Fadens bildete vielleicht die Frage, wie man Menschenrechte am besten kommuniziert. In einer Art und Weise, die verstanden wird.

„D“: Ist es nicht ein Problem, dass bei solchen Konferenzen Überzeugte zu jenen sprechen, die bereits ebenso überzeugt sind?

Toggenburg: Genau! Dieses Problems ist man sich sehr bewusst. Man will die Echokammern und Komfortzonen verlassen und sich mit den Argumenten jener auseinandersetzen, die in Menschenrechten nichts als überflüssige politische Korrektheit sehen.

„D“: War das Wiener Forum da erfolgreich?

Toggenburg: Naja. Es war ein erster Schritt. Die Agentur hat zum Beispiel 10 Grundprinzipien erfolgreicher Menschenrechtskommunikation vorgestellt. ©

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz